

23.06.93

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

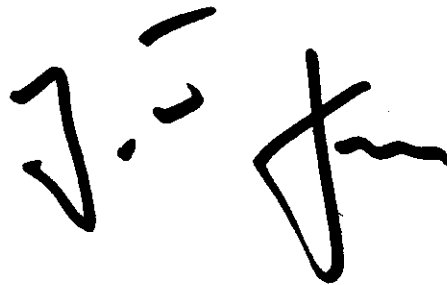
Gesetz zur Verbesserung der steuerlichen Bedingungen zur Sicherung
des Wirtschaftsstandorts Deutschland im Europäischen Binnenmarkt
(Standortsicherungsgesetz - StandOG)

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
021 (431) - 522 00 - Ste 187/93

Bonn, den 23. Juni 1993

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich eine Ausfertigung meines heutigen Schreibens an den
Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses.



Versagung der Zustimmung durch den Bundesrat: Drs. 368/93 (Beschluß)

Durchschrift

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DER BUNDESKANZLER

Bonn, den 23. Juni 1993

021 (431) - 522 00 - Ste 187/93

An den
Vorsitzenden des Vermittlungsaus-
schusses des Deutschen Bundestages
und des Bundesrates

5300 B o n n

Die Bundesregierung hat beschlossen, zu dem vom Deutschen Bundestag am 27.
Mai 1993 verabschiedeten

Gesetz zur Verbesserung der steuerlichen
Bedingungen zur Sicherung des Wirtschafts-
standorts Deutschland im Europäischen
Binnenmarkt (Standortsicherungsgesetz
- StandOG)
- Drucksachen 12/4158, 12/4487, 12/5016 -

zu verlangen, daß der Vermittlungsausschuß gemäß Artikel 77 Abs. 2 des Grund-
gesetzes einberufen wird.

Dr. Helmut Kohl